

Mehr Fortschritt wagen? Eine essayistische Kritik der Wette auf grünes Wachstum

Timmo Krüger

Das Gemeinwohlversprechen der ökologischen Modernisierung

Das Paradigma der ökologischen Modernisierung prägt die Umwelt- und Klimapolitik in Deutschland seit den 1990er-Jahren (vgl. Krüger 2015, 2022).¹ Die ökomoderne Politik wird von einer breiten Koalition aus Einzelpersonen und Organisationen (insbesondere Thinktanks und wissenschaftlichen Gremien der Politikberatung, Umweltorganisationen, Umweltpolitiker:innen und sogenannten *grünen* Unternehmen) eingefordert (vgl. Krüger 2015: 78ff.). Innerhalb der *ökomodernen Koalition* gibt es zwar eine große Einigkeit über das dramatische Ausmaß der sozial-ökologischen Krise². Gleichzeitig sind die vorgeschlagenen und umgesetzten Maßnahmen äußerst begrenzt – sowohl was ihre Umwelt- und Klimaschutzwirkungen als auch was ihr Transformationsanspruch betrifft (vgl. Brand/Wissen 2017: 31; Krüger 2015: 118). Ökomoderne Strategien sind inkrementell, d.h., sie basieren auf der Annahme, dass man das Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft nicht durch einen Bruch mit bestehenden Verhältnissen, sondern mit stetigen kleinen Schritten innerhalb der etablierten Strukturen erreichen kann und soll-

-
- 1 Teile der Argumentation dieses Aufsatzes wurden – in früheren Fassungen – bereits veröffentlicht (vgl. Krüger 2015, 2021a, 2021b, 2022). Dies gilt insbesondere für die Idee, meine Analyse klimapolitischer Aushandlungsprozesse mit einer Interpretation der Faustischen Wette zu illustrieren (vgl. Krüger 2015: 346ff.).
 - 2 Seit den 1970er-Jahren wird in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit das Verhältnis des Menschen zur Natur als krisenhaft begriffen (vgl. Görg 2003: 9f.). Auslöser waren Phänomene wie der saure Regen, das Ozonloch, der anthropogene Klimawandel oder der Verlust der Biodiversität. Mit dem Begriff der *sozial-ökologischen Krise* werden bestimmte Dimensionen dieser Krise betont. Erstens wird konstatiert, dass ökologische Probleme zunehmend gesellschaftlich verursacht werden. Zweitens impliziert der Begriff die Annahme, dass die etablierten gesellschaftlichen Institutionen nicht (mehr) angemessen auf ökologische Probleme reagieren können. Drittens verweist der Begriff auf die Gerechtigkeitsaspekte der ökologischen Herausforderungen. Die umweltschädlichen Strukturen zeichnen sich durch eine hohe soziale Ungleichheit aus – sowohl zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft als auch zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens. Darüber hinaus wird immer deutlicher, dass die Folgen der Umweltzerstörung soziale Ungleichheiten verschärfen.

te. Die Bevorzugung inkrementeller Strategien ist zum einen darauf zurückzuführen, dass einflussreiche Protagonist:innen der ökomodernen Koalition (bspw. Wirtschaftsverbände und die Bundesregierung) Eingriffe in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie in Produktions- und Konsummuster ablehnen (vgl. Brand/Wissen 2017: 66). Zum anderen neigen Teile der ökomodernen Koalition (bspw. moderate Akteur:innen der Umwelt- und Klimabewegung) zu inkrementellen Strategien, weil sie die politischen Gestaltungsspielräume zur Änderung gesellschaftlicher Strukturen als sehr gering einschätzen (vgl. Krüger 2015: 94ff.). Als vermeintlich realistische Optionen gelten dagegen marktbasierende Lösungen und *Technofixes* – technologische Lösungsansätze, mit denen die Hoffnung verbunden ist, Symptome komplexer Probleme bewältigen zu können, ohne gesellschaftliche Strukturen ändern zu müssen (vgl. Fauset 2008).

Die Attraktivität des ökomodernen Paradigmas speist sich aus dem Versprechen, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sozialen Kräfteverhältnisse sowie die Produktions- und Konsummuster nicht grundsätzlich ändern müssen, sondern eine ökologisch modernisierte Energieproduktion sowie technische (bspw. Elektromobilität) und soziale Innovationen (bspw. Carsharing) adäquate Reaktionen auf die Klimakrise darstellen (vgl. Krüger 2015: 114). Damit wird eine bestimmte Vorstellung von Gemeinwohl als allgemeingültig, als gesellschaftlicher Konsens, artikuliert. Unter Konsens verstehe ich (im Anschluss an gramscianische Hegemonietheorien) einen aktiv hergestellten Konsens, der das Ergebnis von Kämpfen um Hegemonie ist. Insofern sind in einem Konsens stets bestimmte Partikularinteressen privilegiert eingeschrieben und andere wiederum ausgeschlossen (vgl. Wullweber 2010: 83). Dies geht durchaus mit repressiven Effekten einher, allerdings wird Hegemonie eher selten per direktem Zwang durchgesetzt. Je stabiler die Hegemonie bestimmter Deutungs- und Handlungsmuster ist, d.h., je erfolgreicher die in ihnen enthaltenen Partikularinteressen als Gemeinwohl durchgesetzt wurden, desto weniger werden die ausschließenden Mechanismen als Zwang und Repression wahrgenommen (vgl. Scherrer 2007: 72f; Wullweber 2010: 83).

Die Herstellung einer Hegemonie bedarf eines Versprechens auf einen glückselig machenden Zustand, der herbeigeführt oder vor der Zerstörung bewahrt werden soll (vgl. Glynos/Howarth 2007: 147). Dabei handelt es sich nicht unbedingt um konkrete Versprechen im wörtlichen Sinne, sondern um Gemeinwohldefinitionen und -ziele, die explizit oder implizit auf kognitiver und/oder affektiver Ebene transportiert werden. Das ökomoderne Gemeinwohlversprechen wird durch den Begriff des sogenannten grünen Wachstums symbolisiert, der die Bewahrung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells und die damit verknüpfte imperiale Lebensweise trotz Klimakrise ermöglichen soll. Die imperiale Lebensweise zeichnet sich durch ein hohes Konsumniveau aus, das durch einen exklusiven Zugriff auf Arbeitskraft und Ressourcen ermöglicht wird (vgl. Brand/Wissen 2017: 44ff.). Der Zugriff geschieht entlang unterschiedlicher Ungleichheitslinien, insbesondere entlang neokolonialer Nord-Süd-Verhältnisse. Sowohl die ökologischen und sozialen Voraussetzungen der imperialen Lebensweise als auch ihre zerstörerischen Konsequenzen andernorts werden unsichtbar gemacht, was ihre selbstverständliche Reproduktion in alltäglichen Routinen erst ermöglicht. Auch wenn »die Versprechen der imperialen Lebensweise für immer mehr Menschen unerreichbar werden« (ebd.: 60), sind sie dennoch weiterhin für breite Teile der Gesellschaft attraktiv.

In der Hoffnung auf grünes Wachstum korrespondieren die Strategien aus Wirtschaft und Politik zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mit den Orientierungen und Alltagspraktiken vieler Menschen (vgl. Graefe 2018: 204). Allerdings sind hegemoniale Ordnungen stets fragmentiert, hybrid und in sich widersprüchlich sowie zeitlich und räumlich begrenzt. Es können auch hegemoniale Deutungs- und Handlungsmuster identifiziert werden, die nur für bestimmte Personengruppen und/oder in bestimmten Handlungsfeldern gelten (vgl. Nonhoff 2006: 139). So bestimmt das Konzept der ökologischen Modernisierung zwar spätestens seit den 1990er-Jahren umwelt- und klimapolitische Expert:innendiskurse in Deutschland (und anderen Industrieländern). Allerdings entwickelte der ökomoderne Diskurs bislang über den Bereich der institutionalisierten Umweltpolitik hinaus keine gesamtgesellschaftliche Integrationskraft im Sinne einer Metaerzählung (vgl. Krüger 2015: 117f.). In Debatten und Verhandlungen jenseits der umweltpolitischen Institutionen werden Klimaschutzziele regelmäßig dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet (vgl. Görg 2003: 214), was sich aktuell auch in den Reaktionen der Bundesregierung auf die energiepolitischen Implikationen des Krieges gegen die Ukraine zeigt.

Zusammenfassend kann man für die klimapolitischen Aushandlungsprozesse der letzten Jahre einen passiven ökomodernen Konsens konstatieren: einflussreiche Akteur:innen setzen ökomoderne Politiken und Unternehmensstrategien durch – ohne aktive Unterstützung von weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch ohne dabei auf großen Widerstand zu treffen (vgl. Krüger 2015: 115). Ein passiver Konsens kann Bestand haben, wenn eine gewisse Gleichgültigkeit vorherrscht, weil das Alltagsleben der breiten Masse (vermeintlich) nicht tangiert wird und/oder dem Thema keine große Bedeutung beigemessen wird (vgl. Wullweber 2010: 152f.). In Fall des Klimawandels kann die Komplexität der stark wissenschaftlich geprägten Debatten als weiterer Faktor gelten, der dazu führt, dass Teile der Bevölkerung den Entscheidungen einer als kompetent angesehenen Elite passive Zustimmung entgegenbringen. Dieser passive Konsens spiegelt sich in den Ergebnissen quantitativer Umfragen wider, in denen die Zustimmung zur Energiewende insgesamt in der Bevölkerung durchweg hoch ist (vgl. BMU/UBA 2019: 28ff.). Gleichzeitig wird die Energiewende zum Wahlkampfthema und die Intensität der Konflikte um konkrete Energieprojekte nimmt zu. Insofern ist eine Erosion des passiven Konsenses zu beobachten (vgl. Eichenauer 2018: 316; Radtke 2020: 98). Immer dann, wenn die oben genannten Bedingungen für die Stabilität eines passiven Konsenses – sich nicht betroffen zu fühlen und die Eliten als kompetent wahrzunehmen – nicht (mehr) gegeben sind, brechen Konflikte aus.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien führt, insbesondere aufgrund der Sichtbarkeit und dezentralen Verteilung von Windkraftanlagen, zu einem verstärkten Gefühl der Betroffenheit in der Bevölkerung. Gleichzeitig zeigen sich in lokalen Konflikten um konkrete Energiewendeprojekte (aber auch in anderen Handlungsfeldern) Phänomene einer Repräsentationskrise (vgl. Krüger 2021a: 551). Die Energiekonflikte sind dadurch gekennzeichnet, dass die Betroffenen den Entscheidungsträger:innen aus Politik, Unternehmen und Verwaltung misstrauen und Zweifel hegen, inwieweit die Meinung der lokalen Bevölkerung überhaupt zählt (vgl. Eichenauer 2018: 336, Hanisch/Messinger-Zimmer 2017: 175; Messinger-Zimmer/Zilles 2016: 49).

Insgesamt verschärfen sich, in Deutschland und anderswo, die Konflikte um eine postfossile Transformation. Diese Konflikte werden einerseits von Protagonist:innen forciert, die sich gegen eine Beschleunigung der Energiewende wenden und auf die Erfüllung der Versprechen einer imperialen Lebensweise pochen, dabei aber bewusst in Kauf nehmen, dass Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Teile dieses Akteursspektrums – bspw. die AfD – koppeln ihre Kritik an der Energiewende und anderen Klimaschutzmaßnahmen mit einer Ablehnung pluralistisch-demokratischer Institutionen (z.B. Minderheitenrechte und Pressefreiheit) (vgl. Eichenauer et al. 2018: 641f.). Auf der anderen Seite nehmen die Proteste gegen das Ausbleiben eines wirksamen Klimaschutzes zu. Akteur:innen der sozialen Bewegungen verknüpfen Forderungen nach einer Intensivierung der Demokratie mit Forderungen nach einer ambitionierten postfossilen Transformation (vgl. Sander 2016). Beide Konfliktparteien üben – mit konträren Problemdiagnosen und Zielsetzungen – Kritik am Paradigma der ökologischen Modernisierung und greifen die Tendenzen einer Demokratiekrise auf, die sich nicht nur, aber in besonderer Weise im Konfliktfeld der postfossilen Transformation zeigen.

Die seit Ende 2021 regierende Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wiederum reagiert auf das Zusammenfallen von Demokratie- und Klimakrise mit einer Vertiefung ökomoderner Strategien. Sie plädiert für stärkeren Klimaschutz, ohne das Primat des Wirtschaftswachstums oder asymmetrische soziale Kräfteverhältnisse in Frage zu stellen. Die ökomoderne Regierungspolitik (auch der Vorgängerregierungen) zielt auf die Verringerung der Artikulation von Betroffenheit – u.a. durch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei erneuerbaren Energien, die großzügige finanzielle Unterstützung von Kohleregionen und das generelle Bestreben, nicht zu sehr in die Lebensstile einzugreifen, sondern die Energieträger zu wechseln (z.B. durch den Ausbau erneuerbarer Energien oder die Ablösung der Autos mit Verbrennungsmotoren durch strombetriebene Elektroautos). Gleichzeitig wurde mit dem Antritt der Ampelkoalition der ökologische Anspruch des ökomodernen Paradigmas erneuert. Bereits in den ersten Monaten wurde eine ganze Reihe klimapolitisch motivierter Gesetze auf den Weg gebracht. Die aktuelle Regierungspolitik zielt somit auf die Stabilisierung des passiven ökomodernen Konsenses, indem die Betroffenheit gesenkt (soweit dies bei der Flächenintensität der erneuerbaren Energien und der generellen Bedeutung emissionsintensiver Produktions- und Konsummuster für unsere Gesellschaft möglich ist) und das Vertrauen in die Handlungskompetenz der politischen Elite erhöht werden soll. Die Erneuerung des ökomodernen Gemeinwohlversprechens durch die Regierungspolitik orientiert sich allerdings nicht am Vorsorgeprinzip, sondern enthält eine Wette auf grünes Wachstum: Zugesagte Klimaschutzziele können nur erreicht werden, sofern eine hinreichend starke absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und von Treibhausgasemissionen gelingt.

In diesem Essay analysiere ich weder das Klimaschutz-Potenzial der ökomodernen Regierungspolitik noch deren kurz- bis mittelfristige Effekte auf die zu beobachtenden Tendenzen einer Demokratiekrise (für ersteres vgl. Konzeptwerk Neue Ökonomie 2022, für zweiteres vgl. Krüger 2021a, 2021b). Stattdessen kritisiere ich im Folgenden die modernisierungstheoretischen Annahmen, die der Wette auf grünes Wachstum zugrunde liegen, und skizziere alternative Vorstellungen von Fortschritt und Freiheit als

Grundlage für eine gegenhegemoniale Politik, die auf Klimagerechtigkeit und eine radikaldemokratische Erneuerung von Demokratie zielt.

Die Faustische Wette

Ich interpretiere die regierungspolitische Hoffnung auf grünes Wachstum als klimapolitische Variante einer *Faustischen Wette*. In Goethes Drama verknüpft Faust seinen Teufelspakt mit einer Wette: Nur wenn Faust untätig, selbstgefällig und nur für den Moment lebt, erhält Mephistopheles dessen Seele (vgl. Goethe 2000: 48). Übertragen auf die Klimapolitik lautet der modernisierungstheoretische Standpunkt, dass die Zukunft nicht notwendigerweise der Klimakatastrophe überlassen wird, sofern man die mit der Wette auf grünes Wachstum einhergehenden Verpflichtungen – nämlich permanentes Fortschrittsstreben – gewissenhaft erfüllt. Diese Argumentation findet sich in einem Artikel aus dem Jahr 2007, in dem drei Wissenschaftler die Erforschung und Entwicklung von *Carbon Capture and Storage* (CCS)³ als Klimaschutztechnologie befürworten:

»CCS appears to be a classic Faustian Bargain. But, as in Faust's initial bargain, it need not mean that our soul is left to the devil. It should mean that we accept the challenge of continual striving and vigilance, striving for more durable answers to global climate change and vigilance in assuring that stored carbon is not subsequently released to the climate system.« (Spreng/Marland/Weinberg 2007: 852)

Hier zeigt sich eine technikoptimistische Perspektive, die auch der Klimapolitik der Ampel-Regierung zugrunde liegt. In beiden Fällen wird am wachstumsbasierten Entwicklungsmodell festgehalten, wenngleich dieser Weg mit ökologischen Risiken behaftet ist. Aufgrund dieser Parallelen rekapituliere ich im vorliegenden Essay die von Spreng, Marland und Weinberg artikulierte Position und meine Kritik daran (vgl. Krüger 2015: 346ff.). Allerdings abstrahiere ich dabei von der Debatte um CCS und argumentiere in Bezug auf die regierungspolitische Wette auf grünes Wachstum. Die Motivation, sich auf das Risiko einer Wette einzulassen, speist sich aus einem materiellen Wohlstandsverständnis, das im Koalitionsvertrag expliziert wird:

»Unseren Wohlstand in der Globalisierung zu sichern ist nur möglich, wenn wir wirtschaftlich und technologisch weiter in der Spitzenliga spielen und die Innovationskräfte unserer Wirtschaft entfalten.« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 5)

Meine Kritik der Wette auf grünes Wachstum zielt einerseits darauf, implizite modernisierungstheoretische Annahmen herauszuarbeiten und andererseits die Plausibilität sowie Attraktivität von Alternativen zum Primat des Wirtschaftswachstums aufzuzei-

3 Mit Hilfe von CCS-Technologien sollen große Teile des entstehenden CO₂ einzelner Verbrennungsanlagen, z.B. von Kohlekraftwerken, abgeschieden und anschließend in unterirdischen Speicherstätten oder in Tiefseegebieten eingelagert werden. CCS-Technologien sind umstritten; u.a. gibt es Zweifel an der Wirtschaftlichkeit und der Sicherheit der Speicherung (vgl. Krüger 2015).

gen. Im Folgenden führe ich zwei Argumente aus, mit denen ich begründe, warum die Wette auf grünes Wachstum ausgeschlagen werden sollte:

- a) Der Faustische Weg des Kolonialismus und der Naturbeherrschung ist in der Dichtung gescheitert und wird auch in der Realität misslingen.
- b) Die Alternative zur Faustischen Wette lautet nicht notwendigerweise Stagnation und Verzicht, sondern kann auch Emanzipation, Fortschritt und Freiheit bedeuten.

Das Scheitern von Kolonialismus und Naturbeherrschung

Im zweiten Teil von Goethes Tragödie wird Faust zum Kolonisator, der durch ein Projekt der Naturbeherrschung Wachstum und Wohlstand generieren möchte (vgl. Böhme 2005: 31). Er setzt sein Kolonialisierungsprojekt auf einem Küstenstreifen um, für den er vom Kaiser als Eigentümer und Herrscher ernannt wurde. Mit Hilfe der Arbeitskraft der dort lebenden Bevölkerung und neuen Technologien lässt er Dämme und Kanäle bauen, um dem Meer Land abzutrotzen. In diesem Vorhaben aus der Dichtung zeigen sich zentrale Annahmen und Elemente, die auch für außerliterarische Projekte des Kolonialismus und der Naturbeherrschung kennzeichnend sind. Am Beginn der Planung stehen die Ignoranz gegenüber der Nichtidentität der Natur und der überhebliche Glaube an die Möglichkeit ihrer Beherrschung.

Die Nichtidentität der Natur anzuerkennen impliziert die Einsicht, dass (innere und äußere) Natur eine Bedingung der menschlichen Existenz ist, sich aber eines projektiven Zugriffs entzieht (für den gesamten Absatz vgl. Görg 2003: 40ff.). Natur ist in allen sozialen Prozessen involviert, mit diesen aber nicht identisch, sondern enthält immer auch Momente der Unverfügbarkeit und Widerständigkeit. Sie hat einen Eigensinn, der sich insbesondere beim Scheitern gesellschaftlicher Konstruktionsprozesse zeigt – pointiert in der sozial-ökologischen Krise. Das Charakteristische der Naturbeherrschung ist die Leugnung sowohl des Eigensinns von Natur als auch der Abhängigkeit des Menschen von Natur. In der Naturbeherrschung wird Natur unter die gesellschaftlichen Funktionslogiken subsumiert, die wiederum in erster Linie ökonomisch definiert werden. Bei Faust sind es die Gezeiten des Meeres, die er kontrollieren möchte, um Eigentum und Herrschaft zu erlangen (vgl. Böhme 2005: 160).

»Da herrschet Well auf Welle kraftbegeistert,
Zieht sich zurück, und es ist nichts geleistet,
Was zur Verzweiflung mich beängstigen könnte!
Zwecklose Kraft unbändiger Elemente!
Da wagt mein Geist, sich selbst zu überfliegen;
Hier möchte ich kämpfen, dies möchte ich besiegen.« (Goethe 1973: 182)

Der vermeintlich sinnlosen Abfolge von Ebbe und Flut möchte Faust ein Ende bereiten. Er ist fest davon überzeugt, dass es möglich sei, die in seinen Augen nutzlose Kraft der Natur zu *besiegen* und das Watt dauerhaft trocken zu legen. Das derart gewonnene Land soll anschließend menschlichen Zwecken dienen. Während der Bauphase geht Faust nicht nur rücksichtslos mit der Natur, sondern auch mit den Menschen um. Die

bestehende Natur- und Kulturlandschaft muss weichen, die darin lebenden Menschen werden zwangsumgesiedelt und die Arbeiter:innen wie Knechte behandelt (vgl. Böhme 2005: 156ff.). Trotz der Anstrengungen und Opfer bzw. gerade aufgrund des gewalttätigen Vorgehens gegenüber Menschen und Natur ist das Kolonialisierungsprojekt zum Scheitern verurteilt. Faust selbst wird zunächst blind und stirbt schließlich. Sein Kolonialisierungsprojekt wird den Naturgewalten nicht standhalten, sondern untergehen, wie Mephistopheles voraussagt (vgl. Goethe 1973: 224).

Diese Geschichte illustriert, wie der Glaube an die Beherrschbarkeit von Natur durch Naturkatastrophen konterkariert wird, die in der Moderne aus zwei Gründen zugenommen haben. Zum einen hat sich der Mensch »im Schutz der Technik« in Gefahrenzonen gewagt, in denen Naturereignisse »erst eigentlich für den Menschen zu Katastrophen geworden sind« (Böhme 2005: 165). Zum anderen erleben wir mit der sozial-ökologischen Krise eine drastische Zunahme der gesellschaftlichen Verursachung ökologischer Probleme, die bereits jetzt verheerende Folgen für viele Menschen haben und die weiter zunehmen werden (vgl. ebd.). Die Folgen des Klimawandels treffen sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker als Bevölkerungsgruppen, die über mehr Ressourcen verfügen. Umgekehrt ist die anthropogene Verursachung primär auf die imperiale Lebensweise der Ober- und Mittelschichten – historisch vor allem in den Ländern des globalen Nordens – zurückzuführen (vgl. Brand/Wissen 2017).

Diese Asymmetrien verweisen auf die (neo-)koloniale Dimension der sozial-ökologischen Krise und dem sie verursachenden Paradigma der Naturbeherrschung, welches noch längst nicht überwunden ist. Tatsächlich gerät das Projekt der ökologischen Modernisierung durchaus auch durch Vertreter:innen einer klassischen Naturbeherrschung und Kolonialisierung unter Beschuss. Forderungen nach einer fortgesetzten Subventionierung des motorisierten Individualverkehrs sowie nach dem Erhalt gut bezahlter Jobs in der Kohleindustrie oder in der Produktion von Verbrennungsmotoren in der Automobilindustrie nehmen das Verfehlen von Klimaschutzziele in Kauf und beharren auf der Erfüllung der Versprechen einer imperialen Lebensweise. Solche Argumente gegen die Energiewende verteidigen Privilegien, die an das fossile Energiesystem gekoppelt sind.

Vor diesem Hintergrund wird die Wette auf grünes Wachstum auch in vielen linksliberalen und ökologisch eingestellten Kreisen als der einzig realistische Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Indes werden damit die Strategien der Naturbeherrschung und der neokolonialen Ausbeutung lediglich modifiziert, aber nicht überwunden. Schließlich leiden Arbeitnehmer:innen in vielen Regionen der Welt unter schlechten Arbeitsbedingungen, um den Ressourcenbedarf der kohlenstoffarmen Energieinfrastrukturen im globalen Norden zu decken. Die Kleinbäuer:innen in Ländern wie Brasilien oder Malaysia fürchten um ihren Lebensunterhalt, da sich Landnutzungskonflikte mit der wachsenden Bedeutung von Bioökonomiestrategien (zur Substitution von fossilen durch nachwachsende Rohstoffe) verschärfen werden. Der massive Extraktivismus von Lithium, Kobalt und Kupfer für die Elektromobilität wird zu Wasserknappheit führen sowie Ökosysteme und lokale Ökonomien zerstören (vgl. Prause/Dietz 2022). Kurz: Die nichtintendierten Nebenfolgen der Wette auf grünes

Wachstum wirken zerstörerisch für Mensch und Natur, insbesondere in Ländern des globalen Südens.

Aber was ist mit den intendierten Folgen? Wie groß ist die Chance, mit grünem Wachstum die mehr oder weniger ambitionierten Klimaziele zu erreichen? Tatsächlich spricht nicht viel dafür, dass die Wette auf grünes Wachstum zu einer schnellen und massiven Reduktion von Treibhausgasemissionen führen wird. Dies ist auf die einseitige Bevorzugung von Effizienz- und Konsistenzstrategien gegenüber Suffizienzstrategien zurückzuführen. Effizienzstrategien zielen auf die Verringerung des Inputs (der Rohstoffe bzw. der Primärenergie) bei Beibehaltung oder Steigerung des Outputs. Konsistenzstrategien zielen auf die Verringerung ökologischer Schäden durch eine Umstellung auf erneuerbare Energien und geschlossene Stoffkreisläufe (durch Minderung von Abfällen, Wiederverwertung der eingesetzten Rohstoffe und Nutzung von Nebenprodukten wie bspw. Abwärme). Suffizienzstrategien zielen auf einen absolut geringeren Verbrauch von Energie, Rohstoffen und Land durch eine verringerte Produktion und Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen – insbesondere von solchen, die einen hohen Ressourcenverbrauch erfordern. Effizienz- und Konsistenzstrategien sollen zur Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und von Treibhausgasemissionen führen. Sie bilden somit die Basis für die Hoffnung auf grünes Wachstum. Suffizienzstrategien sind dagegen zentral für Degrowth-Ansätze. Effizienz- und Konsistenzstrategien spielen in den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten eine große Rolle – bspw. im Rahmen des Ausbaus erneuerbarer Energien, der Elektrifizierung der Automobilität oder der Bioökonomie – während Suffizienzstrategien vernachlässigt werden (vgl. Linz 2017: 9).

Was die Wette auf grünes Wachstum so risikoreich macht ist die Tatsache, dass Effizienz- und Konsistenzstrategien bislang nur relativ geringe Wirkungen zeigen. Die Erfolge der Effizienzstrategien werden durch Rebound-Effekte⁴ abgeschwächt bzw. teilweise sogar in ihr Gegenteil verkehrt (vgl. Santarius 2015). So kam es bislang nur zu einer relativen Entkopplung des globalen Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und von Treibhausgasemissionen (vgl. Haberl et al. 2020). Um nennenswerte Erfolge im Sinne der Nachhaltigkeit erzielen zu können, wäre allerdings eine sofortige und hinreichend starke absolute Entkopplung nötig.⁵

Konsistenzstrategien bewirken zum gegenwärtigen Zeitpunkt ebenfalls nicht den notwendigen Effekt. Viele politische und wissenschaftliche Akteur:innen schreiben den Konsistenzstrategien, insbesondere der Bioökonomie, zwar großes Potenzial zu, doch

4 Rebound-Effekte bezeichnen das Phänomen, dass Produktivitätssteigerungen zu einer Mehrnachfrage führen und dadurch die erwarteten absoluten Reduktionen des Ressourcenverbrauchs nicht in Gänze oder gar nicht eintreten. Autos und Kühlschränke werden effizienter, aber größer, Flugzeuge werden effizienter, aber es wird öfter und weiter geflogen usw.

5 Im Falle einer relativen Entkopplung wachsen Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen langsamer als das Wirtschaftswachstum. Erst bei absoluter Entkopplung kommt es trotz Wirtschaftswachstum zu einer tatsächlichen Verringerung des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgasemissionen. Die Frage nach der relativen oder absoluten Entkopplung kann nur auf globaler Ebene beantwortet werden. Ein Fokus auf ausgewählte Staaten würde die Ergebnisse verzerren, da die Verlagerung verbrauchs- und emissionsintensiver Industriezweige (wie der Stahlindustrie) in andere Teile der Welt nicht beachtet werden würde (vgl. Sommer/Welzer 2014: 89).

wird es voraussichtlich noch lange dauern, bis dieses entfaltet werden kann (vgl. Stengel 2011: 132). Darüber hinaus ist dem Ausbau der Bioökonomie eine Grenze gesetzt: die Endlichkeit des Planeten Erde (vgl. Bringezu et al. 2007: 44). Die mit der Bioökonomie einhergehende Intensivierung der Landnutzung führt bei gleichzeitiger Ausweitung der Agrarflächen zu verschärften Landnutzungs- und Zielkonflikten (vgl. WBGU 2009: 5). So wird die Substitution von fossilen durch nachwachsende Ressourcen mit den Zielen des Naturschutzes, des Erhalts von Biodiversität und der globalen Ernährungssicherheit kollidieren.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich mittels der Kombination aus Effizienz- und Konsistenzstrategien die nötigen Reduktionen der Treibhausgasemissionen in der gebotenen Zeit nicht erreichen lassen – solange die Menge der produzierten und konsumierten Güter und Dienstleistungen auf dem aktuellen Niveau verbleibt oder gar noch steigt (vgl. Heyen et al. 2013: 8f; Stengel 2011: 139). Die Wette auf grünes Wachstum kann meiner Einschätzung nach nicht gewonnen werden. Insofern erfordert das Vorsorgeprinzip eine stärkere Gewichtung der Suffizienzstrategien. Allerdings ist diese Position in den Auseinandersetzungen um die sozial-ökologische Krise bislang marginalisiert, weil sie dem wachstumsbasierten Entwicklungsmodell entgegensteht (vgl. Buch-Hansen 2018), dessen zerstörerische Effekte tendenziell externalisiert werden. Insofern führt die Wette auf grünes Wachstum nicht nur mit großer Wahrscheinlichkeit zur Verfehlung der Klimaziele, sondern verstärkt darüber hinaus Konflikte um knapper werdende Ressourcen und stabilisiert neokoloniale Nord-Süd-Verhältnisse.

Fortschritt und Freiheit innerhalb des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells

Die Verlockungen der Faustischen Wette basieren auf einer bestimmten Vorstellung von Fortschritt und Freiheit sowie damit verbundenen Partikularinteressen. Dies trifft sowohl auf die Wette in Goethes Tragödie zu als auch auf die aktuellen Konflikte um die Energie- und Klimapolitik. Die primäre Motivation für das Kolonialisierungsprojekt ist Fausts Streben nach Herrschaft und Eigentum – »Herrschaft gewinn ich, Eigentum!« (Goethe 1973: 181). Dazu tritt zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich der Wunsch, einen Modernisierungsprozess einzuleiten, der auch anderen Menschen zu einer Wohlstandssteigerung verhelfen soll. Dabei geht Faust davon aus, dass letztlich selbst die zwangsumgesiedelten Menschen irgendwann die Modernisierung als Verbesserung ihrer Wohn- und Lebenssituation erkennen werden (vgl. Böhme 2005: 162f.). Dahinter steht die Überzeugung, dass sich die Anstrengungen zur Naturbeherrschung in Freiheit und Wohlstand für alle Menschen übersetzen und damit auszahlen werden.

»Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.
Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig Jahr.

Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn.« (Goethe 1973: 225)

Die für Faust handlungsleitenden Vorstellungen von Gemeinwohl und der idealen Gesellschaftsordnung finden sich auch in den Annahmen der aktuellen Regierungspolitik. Hier wie dort wird Natur unter gesellschaftliche, insbesondere ökonomische, Funktionslogiken subsumiert. Der Natur wird kein Eigenwert beigemessen, ihre Nichtidentität aberkannt. Dementsprechend erhält Klimaschutz im Sinne des ökomodernen Gemeinwohlversprechens den Zweck, das wachstumsbasierte Entwicklungsmodell zu stabilisieren. Die Prämisse, dass Klimapolitik Wirtschaftswachstum nicht gefährden, sondern selbst generieren soll, wird zum Sachzwang, weil die Alternativen zur Wette auf grünes Wachstum mit Verzicht und Stagnation assoziiert werden. Diese ökomoderne Grundannahme wird im aktuellen Koalitionsvertrag expliziert:

»Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland als Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und hohe Beschäftigung in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erhöhen. Wir werden Unternehmen und Beschäftigte bestmöglich unterstützen, Innovation fördern und neues Zutrauen in Gründergeist, Innovation und Unternehmertum schaffen. Wir müssen die Klimakrise gemeinsam bewältigen. Darin liegen auch große Chancen für unser Land und den Industriestandort Deutschland: Neue Geschäftsmodelle und Technologien können klimaneutralen Wohlstand und gute Arbeit schaffen.« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 64)

Die Strategie des grünen Wachstums basiert auf modernisierungstheoretisch unterfütterten Vorstellungen von Freiheit und Fortschritt (vgl. Krüger 2015: 102ff.). Freiheit wird dabei als Unabhängigkeit von Natur und Gesellschaft verstanden. Dieses Verständnis manifestiert sich in den liberalen Forderungen nach unternehmerischer Freiheit, individueller Entfaltung und Abwehrrechten gegenüber dem Zugriff des Staates. Als Fortschritt gilt die Kumulation von Wissen, Technik und materiellem Wohlstand. Fortschritt und Freiheit sind eng gekoppelt, denn es ist der Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität, der zur vermeintlichen Unabhängigkeit des Menschen beiträgt (vgl. Dingler 2003: 44ff.). Fortschritt und Freiheit gelten als Treiber und Belohnung für die geforderte permanente Strebsamkeit – in den Worten der bereits erwähnten Spreng, Marland und Weinberg: »we accept the challenge of continual striving and vigilance« (Spreng/Marland/Weinberg 2007: 852). Moderne Gesellschaften sind »systematisch auf Wachstum, Innovationsverdichtung und Beschleunigung angewiesen [...], um ihre Struktur zu erhalten und zu reproduzieren« (Rosa 2016: 673). Im Koalitionsvertrag wird dieser Zusammenhang artikuliert als Imperativ zur Steigerung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit, um das ökomoderne Gemeinwohlversprechen einzulösen:

»Die Welt ist am Beginn eines Jahrzehnts im Umbruch, deshalb können wir nicht im Stillstand verharren. Die Klimakrise gefährdet unsere Lebensgrundlagen und bedroht Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Deutschland und Europa müssen angesichts eines verschärften globalen Wettbewerbs ihre ökonomische Stärke neu begründen.« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 4)

Fortschritt und Freiheit in einer solidarischen Kultur der Selbstbeschränkung

Nachdem ich die Prämissen und Gemeinwohlversprechen der Wette auf grünes Wachstum herausgearbeitet habe, widme ich mich nun der Frage, welche alternativen Vorstellungen von Gemeinwohl und idealer Gesellschaftsordnung dafürsprechen, die Faustische Wette auszuschlagen. Auch hier bietet die Dichtung inspirierende Anregungen. In Goethes Tragödie gibt es ein älteres Ehepaar, das Widerstand gegen das Kolonialisierungsprojekt leistet. Baucis und Philemon sind nicht bereit, ihr Haus aufzugeben und dem Projekt zu weichen. Die gewaltvolle Zwangsumsiedlung eskaliert, Baucis und Philemon sterben, ihr Haus verbrennt (vgl. Goethe 1973: 218). Je nach Perspektive kann man die Konfliktkonstellation unterschiedlich deuten. Die Interpretation von Spreng, Marland und Weinberg im eingangs erwähnten Artikel lautet, dass die Eheleute den sozialen Wandel scheuen und ihr bekanntes, wenn auch ärmliches Leben fortführen möchten (vgl. Spreng/Marland/Weinberg 2007: 852). Obgleich die drei Wissenschaftler durchaus Sympathien für das Ehepaar hegen und sie als bescheiden und großzügig charakterisieren, unterschlagen sie die politischen Gründe des Widerstandes. Diese Interpretation ist darauf zurückzuführen, dass für sie die Alternative zur Faustischen Wette nur im Verzicht auf technischen Fortschritt bestehen kann – den sie in Einzelfällen auch durchaus für eine sinnvolle Option halten (vgl. ebd.: 853). Was sie allerdings systematisch ausblenden, ist der Zugewinn an neuen Optionen, der mit einer Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells verbunden wäre.

Philemon und Baucis formulieren drei Argumente für ihren Widerstand gegen das Kolonialisierungsprojekt (für den gesamten Absatz vgl. Goethe 1973: 210f.). Erstens werfen sie Faust Ignoranz und Respektlosigkeit vor, weil er weder die existierende Natur- und Kulturlandschaft noch deren Bewohner:innen achtet. Dies machen sie an der Brutalität und Rücksichtslosigkeit fest, mit der Faust das Bestehende zerstört (»Schmäleren des Meeres Rechte,/Herrn an seiner Statt zu sein.«) und seine Arbeiter:innen behandelt (»Menschenopfer mußten bluten,/Nachts erscholl des Jammers Qual;«). Zweitens kritisieren sie den Herrschaftsanspruch Fausts, der nicht nur das Land und die Häuser, sondern auch den Gehorsam der Bewohner:innen einfordert (»Gottlos ist er, ihn gelüftet/Unsre Hütte, unser Hain;/Wie er sich als Nachbar brüstet,/Soll man untertänig sein.«). Ihr drittes Argument bezieht sich auf das Angebot, im neu gewonnenen Land wohnen zu dürfen. Dies ist in ihren Augen kein fairer Tausch, da sie das Leben auf dem ehemaligen Meeresboden als besonders risikoreich einschätzen (»Traue nicht dem Wasserboden,/Halt auf deiner Höhe stand!«). Aus Furcht vor Überschwemmungen beharren sie auf ihrem Wohnort auf der Anhöhe einer Düne.

Diese Argumentation beinhaltet Forderungen, wie sie auch von Akteur:innen der Klimagerechtigkeitsbewegung und von Wissenschaftler:innen, die sich einer Kritischen Theorie verbunden fühlen, artikuliert werden (vgl. Görg/Bedall 2013): Anerkennung der Nichtidentität der Natur und der Vielfalt der Lebensweisen, Demokratisierung und Gerechtigkeit sowie Durchsetzung des Vorsorgeprinzips. Diese Forderungen gehen über die Ablehnung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells hinaus. Sie sind positive Elemente einer alternativen Vorstellung von der idealen sozialen Ordnung und des Gemeinwohls. Ein solches emanzipatorisches Gemeinwohlverständnis basiert auf al-

ternativen Verständnissen von Fortschritt und Freiheit, mit denen die Absage an die Wette auf grünes Wachstum normativ begründet wird.

Emanzipatorisch gewendet ist Fortschritt auf die Vergrößerung von Handlungsoptionen und auf die Verringerung von Zwängen ausgerichtet. Fortschritt in diesem Sinne kann erst dort beginnen, wo der Zwang zum Fortschritt endet (vgl. Adorno 2003: 625, 638). Aktuell sind die modernen Wachstumsgesellschaften zum permanenten technischen und ökonomischen Fortschritt gezwungen – sei es der Zwang zur permanenten Stabilisierung der Finanzmärkte oder der Zwang zur Installation einer immensen Infrastruktur für erneuerbare Energien; womöglich folgt demnächst der Zwang zum Geoengineering usw. Ein emanzipatorisches Verständnis von Fortschritt strebt nicht nach alternativen Entwicklungspfaden innerhalb des Wachstumsparadigmas, sondern nach Alternativen zur (Fixierung auf) Wachstum und Entwicklung (vgl. Escobar 2015). Das erfordert, bestimmte Grundannahmen, Institutionen und Basisprinzipien der *westlichen* Moderne als Ursache der sozial-ökologischen Krise zu benennen und ihre Überwindung einzufordern.

Die Überwindung der Steigerungslogik der Moderne und des Primats des Wirtschaftswachstums bedarf eines Verständnisses von Freiheit, das über das oben genannte liberale Verständnis hinausgeht. Ohne Rückbindung des Freiheitsbegriffes an Gleichheit und die Achtung der Nichtidentität der Natur ist keine klimagerechte Gesellschaft denkbar. Freiheit darf nicht an Privilegien gekoppelt sein, weshalb der Schutz des Individuums vor Zwang und Diskriminierung verknüpft werden muss mit Regelungen, die Gleichheit garantieren. Polanyi, der in der Debatte um *Transformation* gerne zitiert, aber in der Regel verkürzt wiedergegeben wird⁶, artikulierte den Zusammenhang von Freiheit und Gleichheit in den 1940er-Jahren folgendermaßen:

»Das Ende der Marktwirtschaft könnte den Anfang einer Ära nie dagewesener Freiheit bedeuten. Rechtliche und praktische Freiheiten könnten größer und allgemeiner werden als je zuvor; Regelung und Kontrolle könnten Freiheit nicht nur für die wenigen, sondern für alle verwirklichen; Freiheit nicht nur als ein schon vom Ansatz her pervertiertes Recht der Privilegierten, sondern als ein verbrieftes Recht, das weit über die engen Grenzen des politischen Bereichs in die innere Struktur der Gesellschaft schlecht hin reicht. [...] Indessen sehen wir den Weg durch ein ethisches Hindernis versperrt. Planung und Kontrolle werden als Verleugnung der Freiheit angegriffen. Freies Unternehmertum und Privateigentum werden als Wesensmerkmale der Freiheit deklariert, und es heißt, keine auf anderen Grundlagen errichtete Gesellschaft verdiene es, frei

6 In der deutschsprachigen Debatte trug der einflussreiche Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, der in Anlehnung an Polanyis Buch den Vorschlag eines »Gesellschaftsvertrag[s] für eine Große Transformation« (WBGU 2011) im Titel trägt, zur Popularität des Transformationsbegriffs bei (vgl. Brand/Wissen 2017: 31ff.). Bei aller begrifflichen Radikalität zielt der dort in Anschlag gebrachte Transformationsbegriff lediglich auf die Substitution der energetischen Basis des Industrialismus, den Wandel der Konsumnormen und einen gestaltenden Staat, der Anreize dafür setzt, dass Wirtschaftswachstum mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang gebracht wird. Polanyis Forderung nach einer Dekommodifizierung vieler Lebensbereiche wird dagegen unterschlagen.

genannt zu werden. Die durch Regelung geschaffene Freiheit wird als Unfreiheit denunziert.« (Polanyi 1990: 339)

Um Missverständnisse zu vermeiden, sei erwähnt, dass der demokratische Sozialismus, wie er Polanyi vorschwebte, durchaus Märkte impliziert, die eine Funktion »als ein nützliches, aber untergeordnetes Element einer freien Gesellschaft« (Polanyi 1990: 311) erfüllen.

Angeichts der sozial-ökologischen Krise muss der Freiheitsbegriff nicht nur um die Forderung nach Gleichheit, sondern auch um die Forderung nach Anerkennung der Nichtidentität der Natur ergänzt werden. In der Tradition der Kritischen Theorie kann Freiheit als Reflexionsvermögen über die unhintergehbaren Vermittlungsverhältnisse von Individuum, Gesellschaft und Natur gefasst werden (vgl. Görg 2003: 34ff.). Freiheit in diesem Verständnis heißt Anerkennung der Abhängigkeit von Natur und Einsicht in die Kontingenz der gesellschaftlichen Gestaltung des Verhältnisses von Mensch und Natur. Weder die Unterordnung unter eine vermeintliche Ordnung der Natur noch die Unterwerfung der Natur bieten Freiheitspotenziale (vgl. ebd.: 41ff.), denn jeder »Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur um so tiefer in den Naturzwang hinein« (Horkheimer/Adorno 2009: 19). Stattdessen gilt es, durch eine bewusst gewählte Selbstbeschränkung Potenziale gesellschaftlicher Freiheit auszuloten (die bspw. in der Reduktion der Lohnarbeit zu suchen sind).

Der Weg in eine solidarische Kultur der Selbstbeschränkung

Kallis arbeitet in seinem Buch »Limits« heraus, weshalb die Fähigkeit zur Selbstbeschränkung eine Bedingung für Freiheit darstellt (vgl. Kallis 2019: 121). Er fordert die Wiederaneignung einer solidarischen Kultur der Selbstbeschränkung, in der Praktiken des Teilens und der demokratischen Selbstorganisation gelebt werden. Dabei geht es nicht um individuellen Verzicht, sondern um gesellschaftliche Institutionen der Selbstbeschränkung (vgl. ebd.: 81ff.). Die Aushandlung institutionalisierter Regelungen der Beschränkung (von Vermögen, Einkommen, emissionsintensiven Praktiken usw.) hat das Potenzial zur Revitalisierung von Demokratie, weil sie zu einer egalitäreren Gesellschaft führt und mehr Menschen Handlungsmacht verleiht (vgl. ebd.: 99ff.).

Umgekehrt hat eine Kultur der gesellschaftlichen Selbstbeschränkung die Ausweitung von Demokratie zur Voraussetzung. Insbesondere ökonomische Praktiken und Strukturen müssen in den Bereich der demokratischen Auseinandersetzung überführt werden. Ansatzpunkte für eine Demokratisierung der Wirtschaft finden sich in Praktiken des Commoning (vgl. Exner/Kratzwald 2021). Erst wenn die Fragen, wie viel und was (nicht) produziert wird, wie die als sinnvoll erachtete Arbeit verteilt und unter welchen Rahmenbedingungen sie geleistet wird, zum Gegenstand demokratischer Aushandlungsprozesse werden, lässt sich eine Kultur der Selbstbeschränkung einüben.

Auf dem Weg in eine solidarische Kultur der gesellschaftlichen Selbstbeschränkung können Protestbewegungen und gelebte Alternativen eine wichtige Rolle spielen, sofern sie neue Selbstverständlichkeiten, Normalitäten und Gemeinwohlvorstellungen etablieren. Gleichzeitig bedarf es auch der Veränderung bestehender und des Aufbaus neuer

Institutionen und Infrastrukturen, um die Spielräume von Postwachstumspraktiken auszuweiten. Umfassende Transformationsprozesse können nur »gleichzeitig als Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen und als Selbstveränderung des Denkens und Handelns der Menschen« (Brand/Wissen 2017: 169) realisiert werden. Die Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells bedarf einer spiralförmigen Bewegung, in der sich emanzipatorische Prozesse auf der Ebene von Identitäten und Alltagspraktiken verstärken durch transformierte Institutionen und Infrastrukturen, die wiederum Ansatzpunkte für neue gegenhegemoniale Praktiken bieten.

Ein solch grundlegender Wandel der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann nicht im Einvernehmen mit den Profiteur:innen des Status quo, sondern nur gegen deren Widerstand durchgesetzt werden (vgl. Eversberg 2020: 252). Es gilt also, in Kämpfen um Hegemonie einen Konsens zu einer solidarischen Kultur der Selbstbeschränkung herzustellen. Ein neues Gemeinwohlverständnis könnte beinhalten, den Zwang zum Fortschritt hinter uns zu lassen, unserer Abhängigkeit von Natur gewahr zu werden und uns auf Regelungen der kollektiven Selbstbeschränkung zu einigen, die Gleichheit und Freiheit für alle bieten. Anknüpfungspunkte für eine Kultur der Selbstbeschränkung bieten Commons sowie kulturelle und soziale Praktiken, die sich gerade nicht durch ihre Innovationskraft, sondern durch ihre Unproduktivität, Kontemplation und Konvivialität auszeichnen.

Literatur

- Adorno, Theodor (2003): »Fortschritt«, in: Rolf Tiedemann/Gretel Adorno/Susan Buck-Morss/Klaus Schultz (Hg.), Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, Kulturkritik und Gesellschaft II, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 617-638.
- BMU/UBA (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit/ Umweltbundesamt) (2019): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin: BMU/UBA.
- Böhme, Gernot (2005): Goethes Faust als philosophischer Text, Zug: Die Graue Edition.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.
- Bringezu, Stefan/Ramesohl, Stephan/Arnold, Karin/Fischedick, Manfred/von Geibler, Justus/Liedtke, Christa/Schütz, Helmut (2007): What we know and what we should know. Towards a sustainable biomass strategy. Wuppertal Papers 163, Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Buch-Hansen, Hubert (2018): »The Prerequisites for a Degrowth Paradigm Shift. Insights from Critical Political Economy«, in: Ecological Economics 146, S. 157-163.
- Dingler, Johannes (2003): Postmoderne und Nachhaltigkeit. Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktionen von nachhaltiger Entwicklung, München: oekom.
- Eichenauer, Eva (2018): »Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 315-341.

- Eichenauer, Eva/Reusswig, Fritz/Meyer-Ohlendorf, Lutz/Lass, Wiebke (2018): »Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen«, in: Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.), Bausteine der Energiewende, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 633-651.
- Escobar, Arturo (2015): »Degrowth, postdevelopment, and transitions. A preliminary conversation«, in: Sustainability Science 10 (3), S. 451-462.
- Eversberg, Dennis (2020): »Who can challenge the Imperial Mode of living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population«, in: Innovation: The European Journal of Social Science Research 33(2), S. 233-256.
- Exner, Andreas/Kratzwald, Brigitte (2021): Solidarische Ökonomie & Commons. IN-TRO. Eine Einführung, Wien/Berlin: mandelbaum.
- Fauset, Claire (2008): Techno-Fixes. A critical guide to climate change technologies, London: Corporate Watch.
- Glynos, Jason/Howarth, David (2007): Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory, London/New York: Routledge.
- Goethe, Johann Wolfgang (2000): Faust. Der Tragödie erster Teil, Stuttgart: Reclam.
- Goethe, Johann Wolfgang (1973): Faust. Der Tragödie zweiter Teil, Leipzig: Reclam.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph/Bedall, Philip (2013): »Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, in: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.), Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch, Wiesbaden: Springer VS, S. 75-105.
- Graefe, Stefanie (2018): »Subjective limits to growth and the limits to a lifestyle oriented critique of growth«, in: Hartmut Rosa/Christoph Henning (Hg.), The Good Life Beyond Growth. New Perspectives, London/New York: Routledge, S. 201-211.
- Haberl, Helmut/Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/Plank, Barbara/Brockway/Paul/Fishman, Tomer/Hausknost, Daniel/Krausmann, Fridolin/Leon-Gruchalski, Bartholomäus/Mayer, Andreas/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Sousa, Tânia/Streeck, Jan/Creutzig, Felix (2020): »A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights«, in: Environmental Research Letters 15 (065003).
- Hanisch, Klaudia/Messinger-Zimmer, Sören (2017): »Also ich traue da überhaupt gar keinem.« Die Konflikte aus Perspektive der Unbeteiligten«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript, S. 169-180.
- Heyen, Dirk Arne/Fischer, Corinna/Barth, Regine/Brunn, Christoph/Griesshammer, Rainer/Keimeyer, Friedhelm/Wolff, Franziska (2013): Mehr als nur weniger. Suffizienz: Notwendigkeit und Optionen politischer Gestaltung. Öko-Institut Working Paper 3, Freiburg: Öko-Institut e. V.
- Horkheimer, Max/Adorno Theodor W. (2009) [1969]: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Kallis, Giorgos (2019): Limits. Why Malthus was wrong and why environmentalists should care, Stanford/California: Stanford University Press.

- Konzeptwerk Neue Ökonomie (2021): Mit grüner Marktwirtschaft das Klima retten? Klimagerechtigkeits-Check der Ampelregierung, Leipzig: Konzeptwerk Neue Ökonomie.
- Krüger, Timmo (2015): Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik, Bielefeld: transcript.
- Krüger, Timmo (2021a): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 539-563.
- Krüger, Timmo (2021b): »Die Energiewende im Kontext von Klima- und Demokratiekrise. Die Grenzen der Deliberation und radikaldemokratische Alternativen«, in: GAIA 30(3), S. 181-188.
- Krüger, Timmo (2022): »The German energy transition and the eroding consensus on ecological modernization: A radical democratic perspective on conflicts over competing justice claims and energy visions«, in: Futures 136 (102899).
- Linz, Manfred (2017): Wie Suffizienzpolitiken gelingen: Eine Handreichung, Wuppertal: Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte. Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 85 (4), S. 41-51.
- Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld: transcript.
- Polanyi, Karl (1990): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Prause, Louisa/Dietz, Kristina (2022): »Just mobility futures: Challenges for e-mobility transitions from a global perspective«, in: Futures 141 (102987).
- Radtke, Jörg (2020): »Das Jahrhundertprojekt der Nachhaltigkeit am Scheideweg: Wie kann die Energiewende in Deutschland breite gesellschaftliche Unterstützung finden?«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30, S. 97-111.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin: Suhrkamp.
- Sander, Hendrik (2016): Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Santarius, Tilman (2015): Der Rebound-Effekt: ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Marburg: Metropolis.
- Scherrer, Christoph (2007): »Hegemonie: empirisch fassbar?«, in: Andreas Merkenz/Victor Rego Diaz (Hg.), Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Hamburg: Argument, S. 71-84.
- Sommer, Bernd/Welzer, Harald (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München: oekom.
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Berlin: SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP.

- Spreng, Daniel/Marland, Gregg/Weinberg, Alvin M. (2007): »CO₂ capture and storage: Another Faustian Bargain?«, in: *Energy Policy* 35(2), S. 850-854.
- Stengel, Oliver (2011): *Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise*, München: oekom.
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2009): *Welt im Wandel: Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung*, Berlin: WBGU.
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin: WBGU.
- Wullweber, Joscha (2010): *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt*, Baden-Baden: Nomos.

